

Beteiligungsformate auf dem Prüfstand

# Politik ohne Jugend?

Die Autorinnen untersuchen, inwiefern das bundespolitische Format der *JugendPolitikTage* zur dauerhaften und wirkmächtigen Berücksichtigung der Erwartungen und Forderungen junger Menschen geeignet ist. Sie entwickeln dabei breit anwendbare Kriterien für gute politische Kinder- und Jugendbeteiligung.

Von Anna Schweda, Juliane Dahlke und Nadine Dosch

Die Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen sind von der supranationalen bis zur kommunalen Ebene rechtlich verankert. Die UN-Kinderrechtskonvention schreibt das Recht zur sozialen und politischen Teilhabe fest (UN-KRK Art. 12). Einige Bundesländer wie Schleswig-Holstein oder Niedersachsen haben die Beteiligung junger Menschen verbindlich in ihren Gemeindeordnungen festgeschrieben (z. B. § 47, Abs. 1, 2 GO SH). Andere Bundesländer (u. a. Berlin, Hessen, Rheinland-Pfalz) haben Soll-Bestimmungen verankert. In den betreffenden Kommunen zeigt sich das an der Etablierung von Jugendräten und Jugendparlamenten, in offenen Formaten wie Jugendkonferenzen, Jugendforen, Ideenwerkstätten sowie anlassbezogenen Beteiligungsprojekten im unmittelbaren Umfeld der jungen Menschen (Tremmel/Rutsche 2016). Auch auf Bundesebene gibt es verstärkt Bestrebungen, junge Menschen in politische Prozesse einzubeziehen, doch fehlt bislang eine allgemeingültige rechtliche Verankerung. Zudem gibt es auf Bundesebene, wie auch auf allen anderen Ebenen, keine hinreichenden Konzepte, um junge Menschen in der Breite an politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen (BJK 2019).

Mit anhaltenden Protesten für mehr Umwelt- und Klimaschutz und auch zu anderen Themen, wie digitalen Rechten (TMG § 13) machen junge Menschen deutlich, dass sie sich mit ihren Positionen nicht genügend wahrgenommen und vertreten sehen – insbesondere auf Ebene der Bundespolitik. Mit neuen Formen der politischen Beteiligung machen sie auf ihre Interessen und ihr Wissen aufmerksam und fordern die Berücksichtigung und politische Auseinandersetzung damit sowie neue Antworten der Politik. Nicht unberechtigt, verpflichtet sich der Staat doch mit Art. 20a GG dazu, „auch in Verantwortung für die künftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen“ zu schützen. Dies fordert die parlamen-

tarische Demokratie heraus. Welche Strukturen und Formate bestehen für die frühzeitige und dauerhafte Einbindung junger Menschen in politische Austausch- und Aushandlungsprozesse, damit sichergestellt wird, dass ihre Erfahrungen und ihr Wissen adäquat repräsentiert und im Diskurs berücksichtigt werden? Inwiefern findet in politischen Aushandlungsprozessen eine Auseinandersetzung mit den Positionen der jungen Generation statt und welche Handlungsbedarfe lassen sich hier identifizieren?

## Engagierte Jugend – politisch nicht anerkannt?

Welche Formen politischer Beteiligung entsprechen den Interessen und Lebenslagen junger Menschen? Zunächst einmal gibt fast die Hälfte aller 12- bis 25-Jährigen an, politisch interessiert zu sein. Gleichzeitig sind lediglich 3 bis 5 % der 12- bis 25-Jährigen Mitglied einer Partei, einer Gewerkschaft oder einer Bürgerinitiative. Wie in allen Altersgruppen sank auch die Wahlbeteiligung der 18- bis 29-Jährigen seit den 1990er-Jahren deutlich. Nahmen 1983 etwas über 80 % der jungen Menschen ihr Wahlrecht in Anspruch, erreichten sie 2017 nicht die 70-Prozent-Marke. Von allen Bevölkerungsgruppen wählen damit die 18- bis 29-Jährigen am seltensten (Schneekloth/Albert 2019).

Das geringe Interesse an „klassischen“ politischen Beteiligungsformaten wie Wahlen oder Parteimitgliedschaft bedeutet allerdings nicht, dass sich junge Menschen nicht politisch positionieren. Sie tun es heutzutage eher in expressiveren und stärker protestorientierten Formen politischer Aktivität, wie Flashmobs, Warenboykotten und groß angelegten Online-Petitionen (Deutscher Bundestag 2017, S. 229 ff.). Dabei hat der Umwelt- und Klimaschutz bei den jungen Menschen an Stellenwert gewonnen. Das zentrale Thema ist die Angst vor Umweltzerstörung (Quenzel et al. 2019, BMU/UBA 2020).

Die Möglichkeiten der Beteiligung stehen im engen Zusammenhang mit der sozialen Herkunft und der Bildungssituation (siehe Beitrag von Lay-Kumar in diesem Heft). Große Zugangsbarrieren gibt es auch für junge Menschen mit individueller Beeinträchtigung und/oder Behinderung; ihre politischen Teilhabemöglichkeiten werden nur selten in den Blick genommen (Reinders 2014). All dies hindert viele junge Menschen daran, ihre Perspektiven in politische Diskurse und Aushandlungsprozesse einzubringen. Vor allem auf Bundesebene gibt es diesbezüglich großen Handlungsbedarf (BJK 2019). Doch auch hier entsteht allmählich ein Bewusstsein für die Notwen-

digkeit, junge Menschen stärker in der Breite an politischen Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen und dafür neue Formate und Zugänge zu entwickeln (BMU/UBA 2020, BMFSFJ 2017). In diesem Zeichen stehen unter anderem die *JugendPolitikTage*.

## Beteiligungsformen in politischen Prozessen: Das Beispiel der JugendPolitikTage

Am Beispiel der *JugendPolitikTage* beleuchten wir, inwiefern ein solches Format geeignet ist, junge Menschen mit ihren unterschiedlichen Hintergründen und Erfahrungen wirkungsvoll einzubinden und sie nicht nur anzuhören, sondern auch an Aushandlungs- und Entscheidungsprozessen auf Bundesebene teilhaben zu lassen.

Während der mehrtägigen Veranstaltung im Mai 2019 boten die vom Bundesfamilienministerium organisierten *JugendPolitikTage* 450 jungen Menschen vielfältige Möglichkeiten, sich auszutauschen, politische Ideen und Empfehlungen zu entwickeln und diese mit Politiker/innen zu diskutieren. Eingebunden sind Jugendliche aus Jugendparteiorganisationen, Verbänden und Vereinen. Zudem sollten die *JugendPolitikTage* 2019 stärker auch junge Menschen beteiligen, die nicht Mitglied einer Jugendorganisation und als ein solches engagiert sind. Allerdings sei hier angemerkt, dass die Frage von Zugängen über diesen Hinweis hinaus – zumindest öffentlich – nicht weiter erörtert wurde. Die Ergebnisse sollten Empfehlungen und Impulse für eine jugendgerechte Politik in den unterschiedlichen Ressorts geben. Ziel der *JugendPolitikTage* 2019 war es, die Empfehlungen der jungen Menschen in die Jugendstrategie der Bundesregierung aufzunehmen (Jugendpresse 2019).

Die Veröffentlichung der Jugendstrategie im Dezember 2019 (BMFSFJ 2019) fand als Veranstaltung im Bundeskanzleramt statt, zu der 150 junge Menschen eingeladen waren. Im Nachgang dieser Veranstaltung kritisierten die Teilnehmenden, die sich bei den *JugendPolitikTagen* eingebracht hatten, unter anderem in dem begleitendem Blog, viele ihrer Forderungen seien in dem Papier zur Jugendstrategie entweder gar nicht oder nicht im Sinne der Jugendlichen berücksichtigt worden (Löwe 2019).

Diese Kritik verdeutlicht: Bei der Frage nach Beteiligungsformen geht es besonders um das *Wie* der Beteiligung. Geht es tatsächlich um konkrete Möglichkeiten der Mitbestimmung und der Einflussnahme auf Entscheidungen oder nur darum, die Perspektiven junger Menschen „einfangen zu wollen“? Wie wird zudem gewährleistet, dass der Beteiligungsprozess für junge Menschen transparent bleibt?

Zweifeln (junge) Menschen an der Wirksamkeit ihrer politischen Teilhabe, sinkt ihre Motivation, sich (künftig) aktiv an politischen Diskurs-, Arbeits- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Zusätzlich hemmt die „geduldige politische Kultur mit verzögerter Rückkopplung“ (Krumbein et al. 2016, S. 404) die Attraktivität der politischen Beteiligung für junge Menschen.

So bezieht sich eine weitere Kritik der bei den *JugendPolitikTage* 2019 beteiligten Jugendlichen auf das fehlende Feedback dazu, weshalb viele ihrer Empfehlungen von den Verantwortlichen nicht aufgenommen wurden. Hier stellt sich also grundsätzlich die Frage nach der Thematisierung von Grenzen der Mitwirkung junger Menschen (sowie der Zivilgesellschaft insgesamt) an politischen Entscheidungsprozessen. Es gilt dieses Spannungsverhältnis offen mit jungen Menschen zu kommunizieren und sie auf die Möglichkeiten und gegebenenfalls auch die Grenzen direkter Einflussnahme auf Entscheidungen hinzuweisen. Dies vermeidet Frustrationserfahrungen und ermöglicht die bessere Nutzung der konkreten Chancen.

## Plädoyer für neue Maßstäbe: Wertungskatalog guter politischer Kinder- und Jugendbeteiligung

Das Beispiel der *JugendPolitikTage* illustriert exemplarisch, dass für jeden Ansatz und jedes Format zur politischen Kinder- und Jugendbeteiligung folgende Kriterien wichtig sind:

- Orientierung an den tatsächlichen Bedarfen, Interessen und Lebenslagen,
- Geeignetheit des Formats, Erfahrungen und Perspektiven in weitere politische Prozesse zu überführen,
- Förderung von Selbstwirksamkeitserfahrungen,
- Anwendung geeigneter Formate mit Rückkopplungs- und Feedbackkultur,
- Gewährleistung von breiten, nicht diskriminierenden Zugängen.

Insgesamt ist auf vielen Ebenen ein stärker werdendes Bemühen erkennbar, die politische Beteiligung junger Menschen zu fördern. Neben dem BMFSFJ hat insbesondere das BMU seine Aktivitäten diesbezüglich verstärkt und führt Studien mit umfangreicher Jugendbeteiligung durch (wie das *Projekt Zukunft? Jugend fragen!*, das in weiteren Beiträgen dieses Hefts vorgestellt wird; BMU/UBA 2020), veranstaltet Workshops oder Jugendkonferenzen und fördert das *Jugenddelegierten-Programm* für nachhaltige Entwicklung. Dennoch sind zusätzliche Bemühungen notwendig, weniger privilegierte junge Menschen an politische Prozesse heranzuführen und daran teilhaben zu lassen, damit die Ungleichheit politischer Beteiligung nicht weiter verstärkt wird (Merkel 2011).

Von der kommunalen Ebene lässt sich lernen, dass es wichtig ist, politische Kinder- und Jugendbeteiligung gesetzlich zu verankern und konkrete Strukturen und Möglichkeiten zur Beteiligung zu schaffen. Geschieht dies, müssen Angebote allerdings auch gepflegt werden. Bestehende Strukturen müssen angepasst und weiterentwickelt werden und dauerhafte Plattformen zum Austausch geschaffen (Krumbein 2016: 409 f.).

Der gesellschaftlichen und politischen Marginalisierung junger Menschen muss mit dauerhaften Beteiligungsstrukturen und -angeboten auch auf Bundesebene begegnet werden. Es ist mehr als ein Anfang gemacht, doch die etablierten Angebote wie die *JugendPolitikTage* gilt es nun regelmäßig kritisch

zu reflektieren und weiterzuentwickeln (BJK 2019). Zudem – auch das zeigt das Beispiel der *JugendPolitikTage* – müssen gemeinsam mit jungen Menschen (neue) Wege gefunden werden wie Partizipationsprozesse so gestaltet werden können, dass sie Wirkung zeigen. Das würde eine Politik ermöglichen, die „für, mit und von Jugend“ (BMFSFJ 2019) gestaltet wird, wie es im Titel der Jugendstrategie der Bundesregierung heißt. Dieses demokratische Versprechen gilt es nun einzulösen.

## Literatur

- BJK (2019): Junge Menschen in der Politikberatung. Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene. München, Bundesjugendkuratorium.
- BMFSFJ (2017): Jugend gestaltet Zukunft. Gelingendes Aufwachsen in ländlichen Regionen. Handlungsempfehlungen für die Demografie-strategie der Bundesregierung. Berlin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMFSFJ (2019): In gemeinsamer Verantwortung: Politik für, mit und von Jugend. Die Jugendstrategie der Bundesregierung. Berlin, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- BMU/UBA (2020): Zukunft? Jugend fragen! Umwelt, Klima, Politik, Engagement – Was junge Menschen bewegt. Berlin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und Umweltbundesamt.
- Deutscher Bundestag (2017): 15. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Berlin.
- Jugendpresse (Hrsg.) (2019): JugendPolitikTage 2019. Dokumentation. Berlin.
- Krumbein, L. et al. (2016): Jugendbeiräte in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Baden-Württemberg. In: Tremmel, J./Rutsche, M. (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien. Wiesbaden, Springer VS, 389–412.
- Löwe, L. (2019): To Be or Not to Be – Jugendliche stellen Teilhabe infrage. In: Politikorange, das Jugendmagazin. Blogbeitrag am 09.12.2019: <https://politikorange.de/2019/12/to-be-or-not-to-be-jugendliche-stellen-teilhabe-in-frage>
- Merkel, W. (2011): Entmachten Volksentscheide das Volk? Anmerkungen zu einem demokratischen Paradoxon. In: WZB-Mitteilungen, H.: 131: 10–13.
- Quenzel, G. et al. (2019): Jugend 2019: Eine Generation meldet sich zu Wort. In: Albert, M. et al. (Hrsg.): Jugend 2019 – eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie. Weinheim, Beltz, 313–324.
- Reinders, H. (2014): Jugend – Engagement – Politische Sozialisation. Gemeinnützige Tätigkeit und Entwicklung in der Adoleszenz. Wiesbaden: Springer VS.
- Schneekloth, U./Albert, M. (2019): Jugend und Politik: Demokratieverständnis und politisches Interesse im Spannungsfeld von Vielfalt, Toleranz und Populismus. In: Albert, M. et al. (Hrsg.): Jugend 2019 – eine Generation meldet sich zu Wort. 18. Shell Jugendstudie. Weinheim, Beltz, 47–101.
- Tremmel, J./Rutsche, M. (Hrsg.) (2016): Politische Beteiligung junger Menschen. Grundlagen – Perspektiven – Fallstudien. Wiesbaden, Springer VS.

## AUTORINNEN + KONTAKT

**Anna Schweda** ist Leiterin der Arbeitsstelle Kinder- und Jugendpolitik am Deutschen Jugendinstitut (DJI).

Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI), Nockherstr. 2, 81541 München, Tel.: +49 89 62306-353, E-Mail: [schweda@dji.de](mailto:schweda@dji.de)

**Juliane Dahlke** und **Nadine Dosch** sind wissenschaftliche Hilfskräfte am DJI.

Deutsches Jugendinstitut e. V. (DJI), Nockherstr. 2, 81541 München. E-Mail: [dahlke@dji.de](mailto:dahlke@dji.de), [dosch@dji.de](mailto:dosch@dji.de)



Netzwerk engagierter Unternehmen  
für Klimaschutz und Klimaneutralität

# Sind Sie auch dabei?

[www.wirtschaftproklima.de](http://www.wirtschaftproklima.de)